

## Staatsbürgerliche Erziehung der Lehrer

Die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Erziehung unserer Jugend schon in der Schule ist unbestritten. Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten. Wenn der junge Staatsbürger mit der Erreichung der Mündigkeit nicht nur sein eigenes Schicksal, sondern auch das seines ganzen Volkes durch den Stimmzettel mit zu entscheiden berufen ist, muß er wissen, welche Konsequenzen er mit seinem Handeln auf sich nimmt. Dann müssen ihm auch die wesentlichen Tatbestände bekannt sein, auf die es beim Abstimmen und Wählen ankommt. Die staatsbürgerliche Erziehung wird nicht nur den künftigen Wähler, sondern auch den künftigen Mitgestalter des politischen Willens heranzubilden haben, denn ohne ihn geht es nicht.

An die Schule treten die vielseitigsten Anforderungen heran. Die moderne Gesellschaft ist so kompliziert und so spezialisiert geworden, daß jeder Beruf und jedes Sonderinteresse eine stärkere Berücksichtigung ihrer speziellen Bedürfnisse im Unterricht der Schule fordern. Da ohnehin die Überfülle des Stoffes die Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit zu verhindern droht, ist es also nicht damit getan, zu dem großen zu lehrenden Wissensstoff einfach noch das staatsbürgerliche Elementarwissen hinzuzufügen. Staatsbürgerkunde wird auf manchen Stufen des Schulunterrichts ein Unterrichtsfach sein können. Im wesentlichen aber wird sie als Unterrichtsprinzip die verschiedenartigsten Fächer des Unterrichts durchdringen und im Gemeinschaftsleben der Schule praktisch erlebt werden müssen.

Schon vor 1933 gab es in Preußen die Möglichkeit der Schüler selbstverwaltung. Ihre Grundlagen können heute in der ganzen Bundesrepublik Deutschland unter dem Namen der Schülermitverwaltung neu geschaffen werden. Dabei soll der junge Mensch erleben, in welcher Weise kleine, überschaubare Gemeinschaften ihre eigenen Angelegenheiten selbstverantwortlich auf demokratische Weise ordnen. Die Schülermitverwaltung kann natürlich nicht den Lehrplan ändern oder gar auf die Zusammensetzung des Lehrkörpers Einfluß nehmen. Wohl aber gibt es eine Fülle von Einrichtungen — von der Schülerbibliothek über das Schulorchester und den Chor bis zu den freiwillig betriebenen Sportarten —, in denen sich die Mitwirkung der jungen Menschen an den Werken des Gemeinschaftslebens praktisch erproben kann. In allen diesen Einrichtungen sollte der Lehrer nur die Autorität seiner Persönlichkeit und nicht die des Amtes besitzen. Der Lehrer, der die Autorität des Amtes ins Feld führen muß, erzieht den jungen Menschen nicht zum Staatsbürger, sondern zum Untertanen.

Die gesamte staatsbürgerliche Erziehung ist also nur möglich durch Lehrer, die sie von innen her bejahen. Ein Lehrer, der die Jugend nicht zu wirklichen Staatsbürgern erziehen will, kann diese Aufgabe auch nicht meistern. Allerdings genügt das Wollen nicht. Die Ausbildung der künftigen und die Fortbildung der amtierenden Lehrer müssen auch das erforderliche Können für diese Aufgabe vermitteln.

In einem Teil der Lehrerschaft steht man dieser Aufgabe sehr zurückhaltend gegenüber. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit ist das menschlich verständlich. Viele Lehrer wollen nicht einfach eine Art Weltanschauungsbeamter für die jeweilig herrschende Staatsform sein. Die schematische Entnazifizierung hat ja alle jene Lehrer in Mitleidenschaft gezogen, die in der Erfüllung dessen, was sie unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft für ihre Pflicht hielten, praktisch zu Propagandisten einer bösen Sache wurden. Umgekehrt begann das Gewaltregime im Jahre 1933 mit der Entfernung derjenigen Lehrer aus dem Amte, die in der Hingabe an die Sache der Weimarer Demokratie ihre demokratische Überzeugung besonders nachdrücklich bekundet hatten und infolgedessen den Gewaltherrschern auf dem Wege zur Macht ein Hindernis waren. Diese beiden Erfahrungen haben zahlreiche Lehrer zu der Haltung gebracht, sich möglichst von jeder mit Politik an Berührung stehenden Äußerung fernzuhalten und das darin liegende Risiko zu scheuen.

Der freiheitliche Staat kann nun nicht so weit gehen, daß er um der Freiheit willen auf das Bekenntnis zur Freiheit verzichtet. Auch die Demokratie muß die Mitwirkung der Lehrerschaft fordern. Allerdings nicht im Sinne der Propaganda für die Politik der jeweiligen Regierung, sondern nur für die gemeinsame Aufgabe der Heranbildung einer Generation junger Staatsbürger, die imstande ist, nach demokratischen Grundsätzen in ihrem Staat tätig zu sein. Selbstverständlich werden nicht alle Beteiligten an diese Aufgabe mit dem gleichen Mute herangehen. So mancher wird sich bemühen, die „Neutralität“ so weit zu treiben, daß das Bekenntnis zur Demokratie recht farblos wird.

Der Staat kann den Willen zu vernünftiger Mitwirkung der Lehrerschaft auf dem Gebiet der staatsbürgerlichen Erziehung nicht durch Zwang wecken. Hier kommt es auf die Erziehung der Erzieher an. Ob die künftigen Lehrer, wie ihre Organisationen es wünschen, einheitlich an Universitäten herangebildet werden oder ob sich für eine gewisse Zeit noch besondere Lehrerbildungsanstalten dieser Aufgabe widmen, bleibe dahingestellt. Auf jeden Fall wird in der Lehrerausbildung die staatsbürgerliche Erziehung einen breiten Raum einnehmen müssen. Wenn nämlich Staatsbürgerkunde im normalen Schulunterricht nur teilweise besonderes Fach sein kann, vor allem aber Unterrichtsprinzip ist, dann bedeutet das, daß in der Lehrerausbildung die Art der staatsbürgerlichen Erziehung an der Schule sowohl als Fach als auch in der Methodik des gesamten Unterrichts behandelt werden muß. Es kommt darauf an, die Einsicht der künftigen Lehrerschaft in die Bedeutung der Aufgabe und ihren Willen, an dieser Aufgabe mitzuwirken, zu wecken. Darüber hinaus muß dem Lehrer das entsprechende Rüstzeug mit auf den Weg gegeben werden, damit er der Jugend gegenüber als ein selbstbewußter, vollwertiger Staatsbürger in Erscheinung tritt. So wie sich der Lehrer in seinem eigenen Verhalten als Staatsbürger benimmt, wird er als Vorbild oder als Abschreckung wirken. Der gegenwärtige Universitätsbetrieb ist sicher für die Lösung dieser Aufgabe nicht geeignet. Wenn die gesamte Lehrerbildung an die Universitäten verlagert wird, muß manches an der Universität reformiert werden. Vor allem darf aber nicht noch mehr restauriert werden. Es ist mit Recht schon gesagt worden, daß „ein Lehrer mit Schmissen hinausgeschmissen“ gehört.

Die Ausbildung der *künftigen* Lehrer reicht natürlich nicht aus. Auch die *jetzt* amtierenden Lehrer, die ja zu einem großen Teil in ihrem staatsbürgerlichen Selbstbewußtsein durch die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gebrochen worden sind, müssen mit dem Aufgabengebiet vertraut gemacht werden. Außerdem sollte auch künftig der junge Lehrer nach beendeter Ausbildung immer wieder von Zeit zu Zeit Gelegenheit haben, durch lebendigen Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit den Problemen vertraut zu bleiben. Die Lehrerfortbildung durch Kurse, Arbeitsgemeinschaften und Dienstbesprechungen sollte nicht nur der Vermittlung von Fachwissen und Verbesserungen der Unterrichtsmethodik dienen, sondern immer auch und gerade der staatsbürgerlichen Erziehung ihr Augenmerk widmen. Als besonders wertvoll haben sich Arbeitsgemeinschaften erwiesen, wie etwa der Bürgerkundliche Arbeitskreis in Hessen, dessen Seminare schon viele hundert Lehrer der verschiedensten Altersgruppen mit der Problematik des politischen Lebens in der modernen Gesellschaft vertraut gemacht haben.

Staatsbürgerliche Erziehung soll informieren und zu verantwortungsbewußtem Handeln befähigen. Sie soll aber nicht eine bestimmte Partei oder die Politik einer bestimmten Regierung propagieren. Staatsbürgerliche Erziehung in einem freiheitlichen Staat wird immer auf die Vielfalt der Erscheinungen des politischen Lebens hinweisen müssen. Uniformität ist ein Zeichen totalitärer Gewaltherrschaft. Die freiheitliche Demokratie ist das gerade Gegenteil davon. Die gemeinsamen demokratischen Ideale, die persönliche Freiheit, die Menschenwürde und die Toleranz, werden sich wie ein roter Faden durch das gesamte Gebiet der staatsbürgerlichen Erziehung erstrecken müssen. Dabei wird dem jungen Menschen klarwerden, daß der Staat nicht einfach mit der jeweiligen Regierung identisch ist. In einer Demokratie ist die Gesamtheit der Wähler der Souverän und nicht etwa ein

## STAATSBÜRGERLICHE ERZIEHUNG DER LEHRER

Minister oder ein Beamter. Die Freiheit des Bürgers hängt davon ab, daß man auch eine andere Meinung haben kann als die Regierung, daß man sich einsetzen kann für eine andere als die gegenwärtige Regierung. Erst das Vorhandensein der demokratischen Opposition ist der Beweis und die Garantie für die Demokratie.

Damit wird klar, daß es also mindestens zwei große Kräfte in einem demokratischen Staatswesen gibt: die Regierung und die Opposition. Es wird klar, daß die moderne Mas-sendemokratie zwangsläufig ein Parteienstaat ist, nicht etwa ein Einparteienstaat. Die Partei ist immer nur ein Teil vom Ganzen. Sobald eine Partei das Ganze usurpiert, sich an die Stelle des Ganzen setzt, ist die Gewaltherrschaft etabliert und die Demokratie zerstört. Gerade schon im Unterricht sollte daher die für die Freiheit unentbehrliche Rolle *verschie-dener* politischer Parteien dargelegt werden. Erst die lebendige und fruchtbare Diskussion verschiedener Standpunkte, das Gegenüberstellen verschiedener Argumente führt zu jener Entscheidung, von der man glauben kann, daß sie den Interessen und Überzeugungen der Mehrheit entspricht.

Hier wird offenbar, daß der Parteienstaat als unvermeidliche Konsequenz der moder-nen arbeitsteiligen Gesellschaft mit ihren vielfältigen Interessen wohl nur erklärt werden kann von dem, der die Parteien als notwendige Einrichtung bejaht. Selbstverständlich haben die Parteien ihre Schwächen. Nach allen bisherigen Erfahrungen führt aber das Bemühen, einen *überparteilichen* Standpunkt einzunehmen, zu dem Ergebnis, daß man an Stelle des Parteienstaates den Staat einer einzigen Partei, einer Bewegung oder wie sie sich immer nennen möge, setzt und damit die Freiheit des Bürgers vernichtet. Wer glaubt, „über“ den Parteien zu stehen, erweckt damit in der jungen Generation das Gefühl, die Parteien seien etwas Minderwertiges. In Wahrheit allerdings pflegt sich der Betreffende in Unkenntnis der Zusammenhänge nicht über, sondern neben oder gar unter die Parteien zu stellen.

Jugend respektiert Standpunkte, nicht Standpunktlosigkeit. Selbstverständlich darf und soll der Lehrer keine Propaganda für die Regierung oder für die Opposition machen. Aber selbst die allgemeine Einführung in die Grundprinzipien demokratischen Gemein-schaftslebens wird nur dann überzeugend wirken, wenn der Einführende selbst eine Über-zeugung hat. Auch die abweichende Überzeugung, auch die andere Meinung kann der- jenige besser darstellen, der eine eigene Meinung hat als ein anderer, der gar keine hat.

Auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände im August 1954 wurde ausführlich über die staatsbürgerliche Erziehung diskutiert. Dabei ist eine weit-gehende Übereinstimmung mit den oben dargelegten Gedanken zu verzeichnen. Vor allem wurde auf die Methoden eingegangen, wie gemeinschaftsbildendes Handeln durch Ver-änderung der Schulstruktur und die Bildung des Gemeinschaftsgefühls durch das Erleben in der Schülergruppe bei gemeinsamen Fahrten, bei Aufenthalten in Landschulheimen und beim Sport besonders gepflegt werden kann. Auch die Notwendigkeit der Teilnahme der Lehrer am öffentlichen Leben wurde eingehend besprochen. Es ist erfreulich, daß gerade die Organisation derer, die doch die Aufgabe zu bewältigen haben, mit so großer Auf-merksamkeit das Problem behandelt.

Es geht heute nicht nur um die staatsbürgerliche Erziehung mit dem Ziel, einen verant-wortlichen Staatsbürger im nationalen Staate zu schaffen. Die Verflechtung der euro-päischen Völker miteinander ist so groß geworden, die nationalistische Überheblichkeit der Deutschen gegenüber ihrer Umwelt hat zu derartigen Katastrophen geführt, daß sowohl die Fragen der europäischen Gemeinschaft wie überhaupt die der Verständigung der Völker und einer besseren Kenntnis der Umwelt mit zu den Aufgaben staatsbürgerlicher Erziehung gehören. Der Deutsche Bundesjugendring hat an die Ständige Konferenz der Kultus-minister eine Denkschrift zur Förderung des europäischen Gedankens in den Schulen ge-richtet. In dieser Denkschrift heißt es: „Die Schulen und alle Ausbildungseinrichtungen, die der Jugend offenstehen, haben bei der Entwicklung und Förderung eines europäischen

Bewußtseins eine ganz besonders wichtige Rolle. Dem wachsenden Interesse der Jugend für diese Aufgaben muß nicht nur innerhalb der Jugendverbände, sondern auch in den Schulen eine entsprechende Entfaltungsmöglichkeit geboten werden. Ähnlich wie in früheren Zeiten die Schulen nicht nur in einzelnen Unterrichtsfächern, sondern in ihrer gesamten Bildungsarbeit der Entwicklung eines alle Volksschichten umfassenden Nationalbewußtseins dienen, so haben sie heute die Aufgabe, den deutschen Staatsbürger zu bilden, der sich als freier Bürger Europas fühlt und im Gegensatz zu einem überlebten Nationalismus Europa als seine werdende größere Heimat erlebt. Von entscheidendem Einfluß auf die Bildungsaufgabe, die den Schulen im Hinblick auf eine europäische Verständigung und Zusammenarbeit erwächst, ist die Einstellung der Lehrer zu ihrer Aufgabe. Es ist notwendig, bereits in der Ausbildung der Lehrer entsprechende Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Im einzelnen wird angeregt, an den pädagogischen Akademien Seminare oder Arbeitsgemeinschaften einzurichten, die sich mit den Aufgaben und Möglichkeiten der Schule im Rahmen der europäischen Verständigungsarbeit beschäftigen. Daraus könnten auch einzelne Untersuchungen und wissenschaftliche Arbeiten entstehen, die diese neue Bildungsaufgabe in besonderen Fragestellungen eingehend behandeln. Den Studierenden der pädagogischen Akademien sollen Möglichkeiten zu Studienaufenthalten oder gemeinsamen Studienreisen in europäische Länder geboten werden. Im Rahmen der Fortbildungsarbeiten soll von Zeit zu Zeit ein entsprechendes Thema als besondere Jahresaufgabe gestellt werden.“

Auch der Bundesjugendring ist der Überzeugung, daß für die Behandlung dieser Fragen kein eigenes Unterrichtsfach erforderlich sei, daß aber in den vorhandenen Fächern das Notwendige getan werden müsse.

Zur internationalen Zusammenarbeit der Lehrer, die ja eine der wesentlichsten Möglichkeiten zur Erweiterung des Horizontes über die eigene Nation hinaus ist, hat sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft geäußert: „Nur wenn der Mensch im anderen Menschen, welcher Nation, Klasse oder Religion auch immer, das Ewige und Göttliche anerkennt, das er in sich selbst erlebt und für das er den Respekt der Mitmenschen fordert, nur dann ist die seelische Voraussetzung geschaffen, auf der der Tempel einer neuen Menschheit sich erheben kann. Aus der Zusammenarbeit der Völker kann eine internationale Organisation entstehen, ein internationaler Geist aber nur aus einer neuen Gesinnung zwischen Mensch und Mensch.“

Von großer Bedeutung für die Erreichung dieses Zieles sind die Bemühungen, die augenblicklich der Europarat in Straßburg unternimmt. Es sollen möglichst viele Lehrer miteinander in Kontakt gebracht und ausgetauscht werden. Auch Studenten und Jungarbeiter sollen die Möglichkeit bekommen, sich längere Zeit in fremden Ländern aufzuhalten. Vor allem aber wird begonnen, die Geschichtsbücher von Vorurteilen zu reinigen. Es fanden in Calw und Oslo bisher zwei Konferenzen von Sachkennern auf diesem Gebiet statt. Entscheidend wird aber sein, daß die dort vorbereiteten Materialien und die Gedanken, die ihren Eingang in neue Lehrmittel gefunden haben, nun auch im Unterricht verwendet werden. Es gibt eine gewisse Neigung, Geschichtswerke nahezu unverändert in Neuauflagen wiederzuverwenden. Wenn sich das Geschichtsbild der jungen Generation sowohl der Umwelt gegenüber als auch im Verhältnis zur Freiheit im eigenen Staat entscheidend verbessern soll, dann muß gerade das im Unterricht verwendete Lehrmaterial die inzwischen erarbeiteten Erkenntnisse berücksichtigen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, welchen großen Anteil am Niedergang der Weimarer Republik der normale königlich-preußische Geschichtslehrer hatte, der in den Jahren von 1918 bis 1932 in den höheren Schulen eine junge Generation heranzog, die nicht den Weimarer Staat bejahte und zu verbessern suchte, sondern ihn zu einem großen Teil ablehnte und bekämpfte. Das darf sich auf keinen Fall wiederholen.